

GEGENSTANDPUNKT & *Diskussion*

Im Jahr 5 der Weltfinanzkrise:

Europas Staaten kämpfen um ihren Kredit und verarmen ihre Völker

Im Jahr 5 nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems im Gefolge der Lehman-Pleite ist es wieder so weit. Wenn das spekulative Vermögen globaler Finanzkapitalisten nicht erhalten bleibt, das in den Staatsschulden „überschuldeter Euro-Staaten steckt; wenn sie diese Papiere in großem Stil abstoßen, weil sie ihnen den Wert nicht mehr zumessen, den sie ihnen einmal zugemessen haben, dann droht von neuem ein Bankenkrach, die Verflüchtigung aller Ersparnisse, der Zusammenbruch des Geldverkehrs und das Ende des Geldes, in dem die Euro-Staaten wirtschaften. Klar ist: Ökonomisch ist der Wert dieser Staatsschulden schon dahin; erhalten bleibt er nur, wenn ihn die Geldkapitalisten gegen ihr eigenes Urteil von der Politik garantiert bekommen.

Dafür gefordert sind Bürgschaften und Kapitalhilfen von Euro-Staaten, die noch Kredit haben, also Schulden machen können, für die sie mit ihrem Staatshaushalt und Steueraufkommen einstehen. Wenn nun der deutsche Steuerzahler als das entscheidende Subjekt der neuen Runde der Finanzmarkt-Rettung gehandelt wird, das einerseits geschont, andererseits für die notwendigen Maßnahmen gewonnen werden müsse, dann ist das gelogen: Regierungen machen von der Zustimmung der Leute nicht abhängig, was sie nötig finden. Umgekehrt stimmt die Sache schon: Natürlich sind es immer die Bürger, die mit ihren Steuern für die souveränen Beschlüsse der Finanzpolitiker geradestehen.

Also wird den Deutschen auch erklärt, warum ihre Regierung die Risiken eingeht, die sie tragen müssen; zum Beispiel mit der Zusicherung, dass sie garantiert nur für egoistische deutsche Interessen hergenommen werden: Griechenland wird nicht für die Griechen gerettet, sondern „für uns“! „Wir“, hört man, profitieren von allen Mitgliedsländern am meisten vom Euro, „wir“ können uns weder einen griechischen Rauschmiss, noch einen eigenen Austritt aus der Eurozone, noch gar ihren Zusammenbruch leisten.

Die Kanzlerin verlässt sich darauf, dass das nationale „Wir“ schon seine Wirkung tut und die so angesprochenen Bürger bereit sind, sich für die größten Nutznießer des Euro zu halten, nur weil sie als preiswerte Arbeitskräfte von der erfolgreichen deutschen Wirtschaft abhängig sind. Sie sollen an ihr Arbeiten- und Geldverdienen-Können, an das Ersparte, an die Kaufkraft der Renten und Löhne denken und das Missverständnis pflügen, der Euro müsse gerettet werden, damit ihr so genannter Wohlstand erhalten bleibt.

Dabei zeigt der Abstand zwischen der Welt der staatlichen und privaten Großfinanz – von den Bankbilanzen über die Bonität ganzer Länder bis zu den Hunderten von Milliarden des Rettungsfonds EFSF – und dem alltäglichen Leben mit den paar 1000 Euro, die es kostet, nur, welchen viel wichtigeren Zwecken Letzteres nachgeordnet ist. Das Auskommen des Volkes ist nichts als ein kleines Anhängsel kapitalistischer und imperialistischer Großtaten, bei denen es um ganz andere Dinge geht, als um den Lebensunterhalt einfacher Bürger. Für diese Ziele werden die Bürger in Dienst genommen und von deren Erfolg wird ihr Lebensunterhalt abhängig gemacht.

Täglich bekommen die Deutschen zu hören: „Wir“ brauchen stabile europäische Banken. „Wir“ brauchen das Vertrauen internationaler Anleger in die Staatsschulden aller Euro-Länder. „Wir“ brauchen den Europäischen Stabilitäts-Mechanismus. „Wir“ brauchen eine Fiskalunion, die Defizit-Staaten die Souveränität über ihren Staatshaushalt wegnimmt. „Wir“ brauchen einen Euro, der stärker ist als der Dollar. Aber warum und wofür „wir“ alles das brauchen und warum dafür ausgerechnet die Euros auf den Lohn- und Rentenkonten sinken müssen – dazu hört man nur Unsinn.

Der Vortrag wird es erklären.

Vortrag mit Diskussion

Stuttgart:

Donnerstag, 2.2.2012, 19:30 Uhr
Altes Feuerwehrhaus Süd, Gr. Saal
Möhringer Str. 56 (Eingang E.-Schoettle-Pl.)
– U1, U14, Bus 42 Erwin-Schoettle-Platz.

Tübingen:

Dienstag, 7.2.2012, 19 Uhr c.t.
Adolf-Schlatter-Haus, Österbergstr. 2